

Änderungsantrag

zu A07

Ursprünglicher Antragstext:

Die Linke Schleswig-Holstein unterstützt den „Berliner Appell – Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt.

Ist zu ergänzen:

Die Linke Schleswig-Holstein unterstützt den „Berliner Appell – Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt. **Zudem verurteilt die Linke Schleswig-Holstein die Stationierung russischer Atomwaffen in Kaliningrad und Belarus. Diese destabilisieren die Sicherheitslage in Europa und zwingt NATO-Mitglieder zu kostenintensiven Rüstungsmaßnahmen.**

Begründung:

Bereits seit der Annexion der Krim 2014 und der fortwährenden Unterstützung pro-russischer Separatisten im Donbas zeigt Russland eine deutliche Eskalationsbereitschaft und militärische Aggressivität in Europa. Die nukleare Aufrüstung Russlands geht weit über legitime Sicherheitsinteressen hinaus und stellt eine direkte Bedrohung der europäischen Sicherheitsarchitektur dar.

Die Stationierung von Atomwaffen in Kaliningrad und Belarus schafft ein Umfeld, das das Risiko eines neuen nuklearen Wettrüstens dramatisch erhöht. Wenn Russland diese Waffensysteme unmittelbar an den Grenzen der NATO platziert, zwingt dies die Allianz, erhebliche Mittel für Abwehr- und Abschreckungsmaßnahmen aufzuwenden – Kosten, die letztlich die Steuerzahler tragen müssen. Diese Ressourcen könnten weitaus sinnvoller in zivile Projekte und den sozialen Zusammenhalt in Europa investiert werden. Russland missachtet durch diese Stationierungen auch fundamentale Prinzipien der nuklearen Rüstungskontrolle, die nach dem Kalten Krieg mit großer Mühe etabliert wurden. Dieses rücksichtslose Verhalten der Russischen Föderation verschärft die nukleare Bedrohungsspirale und ist ein Affront gegen alle bisherigen Abrüstungsbemühungen. Eine ernsthafte Friedenspolitik kann nur auf Verhandlungen und Transparenz basieren – eine Strategie, die Russland mit seiner aggressiven Aufrüstungspolitik in Kaliningrad und Belarus aktiv untergräbt.

Mit dieser Ergänzung macht die Linke SH klar, dass die militärische Aufrüstung Russlands in den Grenzregionen zur NATO nicht als Sicherheitsmaßnahme gerechtfertigt ist, sondern eine bewusst provokative Strategie darstellt, die auf Einschüchterung und Destabilisierung abzielt.